Redaktion, Verlag und Druck
von R. Graßmann, Schulzenstraße 17.

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.
Als Beilage Donnerstag und Sonntag der
Stettiner Hausfreund.

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr.,
monatlich 10 Sgr.,
mit Botenlohn viertelj. 1 Thlr. 7½ Sgr
monatlich 12½ Sgr.;
für Preußen viertelj. 1 Thlr. 5 Sgr.

№ 231. Abendblatt. Dienstag, den 22. Mai. 1866.

Deutschland.

□ **Berlin,** 20. Mai. Soweit menschliche Augen von dem noch Zukünftigen etwas zu sehen vermögen, gehören alle Friedenshoffnungen bereits so ziemlich in die Kategorie der frommen Wünsche und schönen Träume. Es öffnet sich eigentlich nirgend mehr eine wirkliche Aussicht. Denn was den Kongreß betrifft, so ist der Gesichtspunkt, welcher zu allerst und am dringlichsten sich darbietet, nach Lage der Dinge ganz gewiß der von der „France" bezeichnete, nämlich daß der Kongreß, um überhaupt etwas zu Stande zu bringen, sich auf das äußerste beeilen müßte, weil sonst vorher plötzlich leicht irgendwo die Gewehre losgehen könnten, namentlich in Italien. Sodann aber ist die Sache auch noch gar nicht so weit gediehen, als es theilweise nach den Zeitungen scheinen möchte. Denn was vor Allem die Stellung Preußens betrifft, so ist die allgemeine Geneigtheit desselben für einen Kongreß zwar bekannt, und sicherlich hat es sich bei den durch die betreffenden Mächte vorgenommenen Sondirungen auch in diesem Sinne ausgesprochen; allein von einem eigentlichen „Acceptiren" des Kongreßprogrammes (wie es z. B. die heutige „Köln. Z." darstellt) kann schon einfach um deswillen nicht die Rede sein, weil definitiv formulirte Vorschläge bis zur Stunde hier noch gar nicht vorgelegen, geschweige denn Verhandlungen über bestimmtere Modalitäten stattgefunden haben. Wenn nun aber auch Preußen und Italien pure „acceptiren", was ihnen Frankreich, England und Rußland gemeinsam vorschlagen werden, daß Oesterreich es thun werde, glaubt im Grunde kein Mensch, und als Resultat der Kongreßversuche bliebe dann einzig die allerdings nicht gerade zu unterschätzende Thatsache, daß Oesterreich sich vor ganz Europa als diejenige Macht dokumentirt, welche jeden Versuch zur Ausgleichung von vorn herein zurückweist und den Krieg um jeden Preis will. Endlich aber, gesetzt auch Oesterreich willigte in einen Kongreß, der betreffs der Abtretung Venetiens gar nicht erst über das ob? sondern nur über das wie? diskutiren würde; so würde doch immer die Thatsache, daß die drei Kriegsmächte bereits einander in voller Waffenrüstung gegenüberstehen, dem ganzen Kongresse von vorne herein einen höchst prekären Charakter verleihen. Denn daß an eine vorhergehende Abrüstung gar nicht zu denken ist, wird ja von allen Seiten als feststehend angenommen, — und daß Ausgleichungsverhandlungen ohne vorherige Abrüstung keine der Rede werthe Chance für sich haben, sagt sich wohl Jedermann selber. — Noch weniger als auf einen Kongreß wird wohl Jemand seine Friedenshoffnungen auf den gestrigen mittelstaatlichen Bundesantrag bauen wollen. Sicherlich sind weder Preußen noch Oesterreich im Stande, eine die Antragsteller befriedigende Erklärung abzugeben, und es ist auch von diesen mit so vielem Eklat in Scene gesetzten Verhandlungen durchaus kein anderes Resultat zu erwarten, als von nur zu vielen früheren, nämlich daß sie sich geräuschlos im Sande verlaufen werden. Das einzige Bemerkenswerthe an der Sache ist eigentlich, daß der genannte Antrag im Vergleich mit den ursprünglichen (sächsischen) einen entschiedenen Rückzug konstatirt, da sich derselbe nicht mehr ausschließlich an Preußen wendet. Noch weniger ist für den Fall, daß seitens der aufgeforderten Mächte keine befriedigende Erklärung erfolgt, irgend ein weiterer Schritt in Aussicht genommen, — Hr. v. Beust hatte auf einen bezüglichen Passus drohenden Inhalts schon bei seinem Antrage vom 5. Mai verzichten müssen, um für denselben eine Majorität zu erlangen. Damals freilich behielt der sächsische Bundestagsgesandte seiner Regierung noch alle weiteren militärischen Vorkehrungen vor; jetzt ist Hr. v. Beust wahrscheinlich froh, daß ihm der Antrag Gelegenheit giebt, die sächsischen Rüstungen auf gute Art rückgängig zu machen. Wenn es nur nicht zu spät sein wird! — In Betreff der Stellung Hannovers weichen die Nachrichten in den Detailangaben mehrfach von einander ab. Doch es ist im Grunde gleichgültig, wie die getroffenen Abmachungen im Einzelnen lauten: feststehendes Resultat ist, daß jede Besorgniß vor einer zu Preußen feindseligen Stellung Hannovers nunmehr vollständig beseitigt ist. Daß die Nachrichten süddeutscher Blätter über die Rüstungen der anderen Mittelstaaten, was die Größe der in's Feld zu stellenden Armeen betrifft, in hohem Grade übertrieben sind, deutete ich schon kürzlich an. Aber auch in Betreff Oesterreichs liegen hier sehr zuverlässige Nachrichten vor, nach denen die Kriegsvorbereitungen noch lange nicht so weit gediehen sind, als es die österreichische Regierung doch die ihr ergebenen Organe ausposaunen läßt, sondern daß bis zur vollständigen Schlagfertigkeit der österreichischen Armee es noch mehrere Wochen bedürfen wird. Erst wurden alle Rüstungen glattweg abgeleugnet, um wo möglich Preußen zu beruhigen; jetzt werden sie alle in vergrößertem Maßstabe dargestellt um, wenn es sein kann, Preußen bange zu machen, — es wird wohl das zweite Manöver so vergeblich sein, wie es das erste gewesen ist. Sonst verdienen in Betreff der österreichischen Rüstungen die Berichte des Spezial-Korrespondenten der „Köln. Ztg." (er schreibt unter dem Zeichen △) und was er von der systematischen Aufstachelung des nationalen und religiösen Fanatismus, sowie der Hab- und Raubsucht unter den Truppen erzählt, die allergrößeste Beachtung. Gott und unsere braven Soldaten mögen, wenn es soweit kommt, uns diese Horden vom Leibe halten! — Die „Rh. Ztg." gesteht zwar ein, daß alle bisherigen Angaben betreffs der Saarbrücker Bergwerke irrig waren; jetzt aber weiß sie ganz „zweifellos Verbürgtes": Kaiser Napoleon hat wegen jenes Objekts positive Zusagen verlangt, aber eine Ministerkonferenz am 3. d. M. hat mit 6 gegen 2 Stimmen beschlossen, zur Zeit das Ansinnen abzulehnen. „Dies ist zuverlässig", wiederholt das Organ der rheinischen Demokratie; es ist aber leider wieder Silbe für Silbe erlogen, wie denn bei allen Nachrichten der „Rhein. Ztg." der Grad ihrer Unwahrheit immer nach der Sicherheit zu bemessen ist, mit welcher dieselben auftreten. Der Kaiser Napoleon hat ein Verlangen, wie das behauptete, niemals gestellt. — Prinz Carl hat als Herrenmeister des Johanniter-Ordens durch einen Erlaß die Ordensglieder darauf hingewiesen, daß sie im Falle eines Krieges die Sorge für die Verwundeten und Kranken — sei es durch persönliche Dienstleistung, sei es durch Beisteuern — mit ganzem Eifer und voller Hingebung zu übernehmen haben werden.

— Se. Maj. der König ließ sich gestern Vormittags von dem General-Adjutanten v. Alvensleben, dem Chef des Militär-Kabinets v. Treskow, dem Kabinetsrath v. Mühler, dem Oberst-Kämmerer Graf Redern, dem Geh. Hofrath Bork Vorträge halten, und ertheilte hierauf Audienz dem aus Köln hier eingetroffenen Geh. Kommerzienrath Oppenheim und dem russischen Oberst und Flügeladjutanten v. Bünting vor seiner Rückreise nach St. Petersburg. — Um 2 Uhr besichtigte Se. Maj. der König vor dem Palais, an der Seite Sr. K. H. des Prinzen August von Würtemberg, der Generalität ꝛc. eine Kompagnie des 4. Garde-Grenadier-Regiments, Königin Augusta, welche die Regimentsfahne, unter dem Spiel des Musikkorps vom Kaiser Franz Garde-Grenadier-Regiment, in das Palais brachte. Hierauf arbeitete der König mit dem Minister-Präsidenten Grafen Bismarck, dem Finanz-Minister v. Bodelschwingh, dem Kriegsminister v. Roon, speiste um 5 Uhr allein und wohnte Abends der Vorstellung im Opernhause bei.

— Se. K. H. der Prinz Friedrich Karl, welcher wieder hier eingetroffen ist, empfing gestern Nachmittags mehrere Militärs, unter ihnen den General v. Manstein.

— Durch Kgl. Kabinetsordre vom 3. d. ist bestimmt worden, daß der Regiments-Stab des Garde-Festungs-Artillerie-Regiments von Spandau nach Berlin verlegt wird.

— Der Oberst Köhn v. Jasky hat gelegentlich der Formation des Garde-Landwehr-Bataillons (Berlin) folgende Ansprache an die versammelten Mannschaften gehalten:

— „Se. Majestät der König haben die Landwehr einbeordert. Der König weiß, daß Jeder von Euch große Opfer bringt, aber Er rechnet auf Eure preußischen Herzen, wo es das Wohl und das Heil des Vaterlandes gilt. Euer Bataillon besteht größtentheils auch Berlinern; nach Eurem Verhalten wird das ganze Bataillon beurtheilt und so erhaltet Euch den guten Ruf von 1848, 1849 und allen Jahren, wo das Bataillon aufgetreten ist."

— (Voss. Z.) Gutem Vernehmen nach schweben Verhandlungen, um Preußen die militärisch höchst wichtige Position Sachsen-Altenburg einzuräumen. Das preußische Kabinet hat bei diesen Verhandlungen auf Seiten Altenburgs das freundlichste Entgegenkommen gefunden.

— In Breslau hat der Verein der Verfassungstreuen beschlossen, den städtischen Behörden in Betreff der an Se. Majestät gerichteten Adresse Dank und Zustimmung auszudrücken.

— Ein erfreuliches Zeichen bei der in den Kreditverhältnissen gegenwärtig eingetretenen Störung ist es, daß, wie die „M. Z." hört, eine Anzahl von etwa 30 der achtbarsten Firmen der Magdeburger Kaufmannschaft auf der Börse übereingekommen sind, Prolongationen von Wechseln und sonst gegebenen Krediten nach Möglichkeit eintreten zu lassen.

— Die Königliche Ostbahn hat, wie die „Danz. Ztg." meldet, in Folge höherer Veranlassung den Bau der ostpreußischen Südbahn, der fast ganz darniederlag, mit allem Nachdruck in die Hand genommen. Auf dem linkseitigen Pregelufer wird das Geleise in den unmittelbar daranstoßenden Güterhof der Ostbahn geleitet werden, und hierdurch steht die Linie Pillau-Königsberg nicht nur mit den Linien Königsberg-Dirschau und K.-Eydtkuhnen, sondern auch mit K.-Bartenstein, bis wohin bereits das Schienengeleise gelegt ist, in Verbindung, indem beim Dorfe Rosenau eine Verbindungsweiche gelegt ist. Letztgenannte Linie wird wahrscheinlich vorläufig nur zu Kriegstransporten gebraucht werden.

— Der „Kölnischen Zeitung" und anderen Blättern wird unterm 18. d. M. von hier aus telegraphirt: Se. Majestät der König empfing heute Vormittag den Besuch des Kronprinzen, welcher dem Vernehmen nach das fünfte und sechste Armeekorps kommandiren wird.

— Die Nachricht der „Bresl. Z." von Verhandlungen mit dem Hause Rothschild über eine Anleihe ist, wie die „Kr.-Z." hört, völlig aus der Luft gegriffen.

— Von landwirthschaftlichen Vereinen ist der Antrag gestellt worden, in den Lehrplan der Schullehrer-Seminarien auch einen landwirthschaftlichen Lehrkursus aufzunehmen, und das landwirthschaftliche Ministerium hat denselben bei dem Kultus-Ministerium befürwortet. Letzteres hat sich auch darauf einzugehen geneigt erklärt, will aber vorerst die in anderen Ländern, wo solche Einrichtungen bereits bestehen oder versucht worden sind, gesammelten Erfahrungen zu Rathe ziehen.

— Einige österreichische und französische Blätter erzählen von einem zwischen Preußen und Italien abgeschlossenen Allianz-Vertrage. Sie sagen, beide Könige hätten verabredet, im Falle Oesterreich Preußen oder Italien angreife, dies solidarisch als casus belli anzusehen. Sie würden in diesem Falle im Einverständniß operiren und entsagen dem Rechte eines Friedensschlusses ohne Zustimmung des andern Theiles. Wird Preußen durch Oesterreich zu einer Kriegserklärung provozirt, so nimmt Italien gleichfalls als Bundesgenosse Theil. Beide Staaten sind übereingekommen, ohne vorhergegangene gemeinsame Berathung keine anderweitige Allianz einzugehen. Der Allianzvertrag soll bis zu Ende des Jahres 1866 Geltung haben. Der Vertrag enthält keine Klausel für den Fall, daß Italien allein mit Oesterreich in einen Krieg verwickelt würde; für diesen Fall scheint Preußen sich freie Hand vorbehalten zu haben. (Selbstverständlich hat sich Jemand diesen Vertrag aus allerlei Gerüchten zusammengestellt, wie dies jetzt so oft geschieht; selbst aus Wien wird telegraphirt, daß man dort nicht an die Richtigkeit dieser Mittheilungen glaube.)

— Von den jungen italienischen Gelehrten, welche sich im Auftrage ihrer Regierung hier zu Spezialstudien aufhielten, sind mehrere, darunter auch ein Mitglied des statistischen Kursus, nach ihrer Heimath gereist, um in die Armee einzutreten.

— Die „Neue Frankfurter Zeitung", ein „österreichisches" Blatt, schreibt: „Es scheint sicher zu sein, daß Baden sich von der allgemeinen deutschen Sache zurückzieht. Die bewaffnete Neutralität, die man dort im Auge zu haben scheint, würde jedenfalls in ihrer Wirkung gleichbedeutend sein, mit einer Ermunterung Preußens zum Kriege." (Hiermit soll wohl gesagt sein, daß Baden sich mehr abgewendet hat von der österreichischen Partei.)

Posen, 18. Mai. Die „Posener Ztg." schreibt: In dem H.'schen Bierlokale auf St. Martin wurden am 14. d. Mts. zwei Soldaten, ein Infanterist und ein Husar, in Folge eines politischen Streites gegen einander thätlich. Der Infanterist brachte dem Husaren mit seinem Seitengewehr einen Stich in die Brust bei, wodurch dieser so gefährlich verwundet wurde, daß er vor einigen Tagen gestorben ist.

Danzig, 18. Mai. Der Polizei-Präsident hat an die zu den Fahnen einberufenen Landwehrleute und Reserven ein Abschiedswort erlassen, mit welchem er ihnen die Zusicherung giebt, daß für ihre hinterbliebenen Familien auf das Vorsorglichste von Seiten der Behörden und der Mitbürger Fürsorge getroffen werden wird.

Neisse, 16. Mai. Die „Prov.-Ztg. für Schl." schreibt: In der ländlichen Bevölkerung des Grottkauer und Neisser Kreises ist durch die Oesterreicher die Aufschneiderei verbreitet: Ihr Kaiser werde am ersten Pfingstfeiertag in Glatz frühstücken, in Neisse Mittag essen und am zweiten Feiertag in Berlin zur Nacht speisen."

Aus **Görlitz,** 17. Mai, meldet die „Niederschl. Z.": Heute Nachmittag ist hier der Befehl eingetroffen, die bereits eingezogenen Mannschaften des 2. Aufgebots unverzüglich zu entlassen. Der Befehl kam gerade noch zeitig genug, um den zur Abfahrt auf dem Bahnhofe versammelten Wehrleuten verkündet werden zu können.

Köln, 18. Mai. Der „K. Z." zufolge wird in der am 23. d. M. stattfindenden Vorstands-Versammlung der drei Lokal-Abtheilungen des landwirthschaftlichen Vereins für Rheinpreußen, Köln, Bergheim und Euskirchen ein Antrag auf Einberufung des 18,000 Mitglieder umfassenden Centralvereins berathen werden, um im Interesse der Landwirthschaft eine Petition für Erhaltung des Friedens an Se. Maj. den König einzureichen. (In Neuwied, Lennep und Barmen haben die Stadtverordneten auch Friedenspetitionen im Sinne der Kölner beschlossen.)

München, 17. Mai. König Ludwig (Großvater des regierenden Königs) ist gestern aus Nizza hier wieder angelangt. — Am Hofe ist jetzt ein spanischer Infant, Heinrich, Herzog von Sevilla, als Schwager des Prinzen Adalbert zu Besuch.

Wien, 17. Mai. Den immer stärker hervortretenden Gerüchten über Unterhandlungen mit Italien wird heute die offiziöse Abwehr entgegengestellt, die Regierung denke nicht daran, Venetien zu verkaufen. Man sieht, dieses Dementi ist beschränkter Natur und stellt nicht in Abrede, daß Negociationen überhaupt im Zuge seien, auch nicht, daß sie möglicher Weise Venetien zum Gegenstande haben. Die Sache klingt ganz mystisch. Hat das Gerücht eine thatsächliche Basis, so begreift sich wohl, daß man die Frage mit dem Schleier des Geheimnisses umgiebt; fehlt diese Basis, so mag man es in maßgebenden Kreisen vielleicht nicht passend finden, mit einer kategorischen Widerlegung einzuschreiten. Man läßt die Dinge eben sich entwickeln und geht seines Weges weiter. Sicher ist, daß die militärischen Vertheidigungsmaßregeln gegen Italien keine Unterbrechung erfahren haben. — Das Gerücht, daß der Feldzeugmeister v. Benedek nach Böhmen abgegangen sei, ist falsch; er befindet sich sammt seinem Stabe in Wien und ist offenbar weit entfernt, Vorbereitung zur Abreise zu treffen.

Ausland.

Paris, 17. Mai. Der „France" zufolge hat der preußische Botschafter am hiesigen Hofe, Graf v. d. Goltz, am 17. eine lange Konferenz mit dem Kaiser gehabt.

Pommern.

Stettin, 22. Mai. Morgen früh verläßt das 1. pomm. Grenadier-Regiment Nr. 2 (Königs Friedrich Wilhelm IV.) Stettin per Eisenbahn und zwar das erste Bataillon um 3 Uhr, die beiden andern Bataillone resp. um 4 und 5 Uhr. Das 3. pomm. Infanterie-Regiment Nr. 14 rückt am Donnerstag, den 24. d. M. aus.

— Die Stände des Randower Kreises haben beschlossen, die auf den Kreis fallenden Natural-Lieferungen für die Armee durch die Kreis-Eingesessenen selbst liefern zu lassen.

— Cöslin, Colberg und Freienwalde haben ihr Schützenfest der politischen Verhältnisse wegen verschoben.

— In Suckow, Synode Ueckermünde, ist der Schullehrer Karl Friedrich Wilhelm Kobz fest angestellt.

— (Außerordentliche Stadtverordneten-Sitzung am 19. Mai.) Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde der dringliche Antrag des Magistrats, die Unterstützungs-Kommission für die Familien der einberufenen Landwehrleute und Reservisten durch Hinzutritt von Bürgern aus Tornei und Pommerensdorfer Anlagen, Lastadie und Neustadt zu vergrößern, von der Versammlung genehmigt und die dazu von dem Magistrat vorgeschlagenen Personen gewählt. Es sind die Herren Schlächtermeister Lüdtke und Rentier Werner in Neu-Tornei, Rentier Wergien in der Neustadt, für Rentier Richter auf dem Rosengarten der Rentier Hoffmann in Pomm. Anlagen und der Böttchermeister Keiling. — In Betreff des ersten Gegenstandes der Tagesordnung, betreffend die Beschaffung von Geldmitteln für die Sparkasse, haben wir das Resultat der Abstimmungen bereits in unserm letzten Blatte mitgetheilt. Nach dem von Herrn Thiessen erstatteten Be-

richte ist die Majorität der Finanz-Kommission: 1) dem Vorschlage des Magistrats, sämmtliche Hypothekenforderungen der Sparkasse zu kündigen, beigetreten, verlangt aber 2) die vorhandenen Werthpapiere nach Bedarf bestmöglichst zu verkaufen, genehmigt 3) die Einrichtung eines Depositengeschäfts, bei welchem Geldbeträge von 100 Thlr. und darüber von der Kämmerei angenommen, mit 8 % verzinst, und nach dreimonatlicher, beiden Theilen freistehenden, Kündigung zurückgezahlt werden sollen, jedoch mit der Maßgabe. daß derartige Gelder nur bis zum 1. Juli d. J. angenommen werden; 4) beantragt die Finanz-Kommission den Zinsfuß für sämmtliche Spareinlagen von $3\frac{1}{3}$ auf $6\frac{2}{3}$ % zu erhöhen und zwar für die neu eingehenden sofort, für die älteren aber von dem Tage ab, an welchem sie bei einer jetzt erfolgenden Kündigung statutenmäßig zurückgezahlt werden müßten. Nach dem Vorschlage des Vorsitzenden wird jeder dieser vier Punkte einzeln zur Diskussion gestellt. 1) Hr. J.-R. Pitzschky erklärt sich gegen die Kündigung der Hypotheken, da sich der erforderliche Bedarf noch gar nicht übersehen lasse. Von den gesammten Einlagen von etwa 1,300,000 Thlrn. seien bis jetzt ca. 102,000 Thlr. gekündigt. Die Sparkasse besitze ca. 300,000 Thlr. in Werthpapieren und 1,147,000 Thlr. in Hypotheken. Letztere wären fast ausschließlich in Stettin belegt und betrügen etwa $\frac{1}{15}$ des Feuerkassenwerths aller Gebäude der Stadt. Es wäre daher nicht gerechtfertigt, eine so tief einschneidende Maßregel eintreten zu lassen, da man durch dieselbe eine sehr viel größere Summe flüssig machen würde, als man gebrauche. Hr. J.-R. Zachariae: Die Kommission habe sich nur mit großem Bedauern für die Kündigung entschieden; in Zeiten der Krisen sei es aber eine Nothwendigkeit, die eigenen Aktiva zur Deckung der Passiva einzuziehen. Alle Hypotheken der Sparkasse wären lauter sogenannte feine Hypotheken, für welche es den betreffenden Hausbesitzern nicht schwierig werden würde, anderweitige Kapitalien zu erhalten. Eine Kündigung sei daher ohne Härte. Hr. Bürgermeister Schallehn: Die harte Maßregel werde durch die Umstände gerechtfertigt; die Verwaltung werde Rücksicht nehmen, wo es geboten sei. Hr. Stahlberg hält es unter den jetzigen Verhältnissen für die Hausbesitzer rein unmöglich, die Kapitalien zu beschaffen. Hr. Haker erklärt es für Pflicht der Stadt, dafür einzustehen, daß die Sparkasse unter allen Umständen ihre Verbindlichkeiten erfülle und stellt das Amendement: jetzt nur 25 pCt. sämmtlicher Hypotheken zu kündigen. Hr. Dr. Amelung: Es sei von vorne herein eine falsche Organisation gewesen, alles in Hypotheken anzulegen. Diese müßten jetzt gekündigt werden. Käme dadurch zu viel ein, so möge man den Gläubigern kündigen; später würde man am besten die Sparkasse ganz auflösen. Jetzt sei aber das erste Mittel zur Erfüllung unserer Verbindlichkeiten die Einziehung der ausstehenden Forderungen. Hr. Dr. Wolff: Er sei Anfangs gegen die Kündigung gewesen und habe sich nur mit schwerem Herzen, in Folge der Diskussion in der Kommission, entschlossen, dafür zu stimmen. Da sich aber die Gemüther wohl allmälig beruhigen würden, so empfehle er, das Hakersche Amendement anzunehmen. Hr. Keil erkennt zwar die Härte der Maßregel an, glaubt aber, es bleibe nichts anderes übrig. Zuerst müsse man für die Gläubiger sorgen und gerecht sein, ehe man großmüthig sein könne. Eine Auswahl unter den Hypotheken zu treffen, sei mißlich und pateiisch. Herr Th. H. Schröder: Die Kündigung müsse von der Versammlung angenommen werden, denn die Stadt könne nicht auf Hypotheken Geld zu 5 pCt. ausleihen, während sie selbst 8 pCt. geben müsse. Vielleicht werde jetzt eine Petition der betroffenen Hausbesitzer die vollständige Aufhebung der Wuchergesetze bewirken und dann leichter Geld auf Hypotheken zu erhalten sein. Nachdem noch verschiedene Redner theils gegen, theils für partielle Kündigung gesprochen, wurde die Kündigung der ganzen Hypotheken abgelehnt und das Hakersche Amendement, nur 25 pCt. derselben zu kündigen, mit großer Majorität angenommen. — 2) Die Werthpapiere der Sparkasse nach Bedarf bestmöglichst zu verkaufen. Hr. Töpfer glaubt, daß eine Anleihe im Auslande das wohlfeilste Mittel sei, um den Bedarf der Sparkasse zu decken. Hr. Stahlberg fragt, bei welchem Banquier? Hr. Bürgermeister Schallehn bemerkt, daß bei seiner und des Hrn. Oberbürgermeister Hering letzten Anwesenheit in Berlin von ihnen an verschiedenen geeigneten Stellen eine Anleihe zur Sprache gebracht sei, daß aber Niemand auch nur eine Andeutung gegeben, wo eine solche jetzt möglich. Hr. Dr. Wolff glaubt, es sei jetzt ein unglücklicher Zeitpunkt für eine Anleihe; wenn man aber auch momentan von diesem Gedanken keinen Gebrauch machen könne, so sei derselbe eventuell doch künftig ins Auge zu fassen. Hr. Saunier erklärt, daß bei der jetzt vorliegenden Diskussion nicht über eine Anleihe verhandelt werden könne und stellt dem Herrn Töpfer anheim, dieserhalb einen besonderen Antrag einzubringen. Die Versammlung erklärt sich hierauf mit der vorgeschlagenen Versilberung der Werthpapiere einverstanden. — 3) Die Einrichtung des Depositengeschäfts wird mit der von der Kommission vorgeschlagenen Bedingung, einer Einzahlungsfrist nur bis zum 1. Juli c., genehmigt. 4) Betreffend die Erhöhung des Zinsfußes für die Spareinlagen. Herr Bürgermeister Schallehn: Die Zinsen für die Spareinlagen von ca. 1,300,000 Thalern betragen jetzt jährlich etwa 43,000 Thaler, durch deren Verdoppelung eine große Last entstehen würde, weshalb er sich gegen den Antrag erklären müsse. Herr Stahlberg ist ebenfalls gegen denselben, weil viele Leute ihr Geld nicht wegen der Zinsen, sondern nur wegen der großen Sicherheit zur Sparkasse brächten. Herr Keil hält eine Erhöhung des Zinsfußes von $3\frac{1}{3}$ Prozent neben den von der Stadt jetzt für Depositen offerirten 8 Prozent für unumgänglich nöthig, damit nicht alle Einlagen zurückgezogen werden. Hr. Justiz-Rath v. Dewitz ist gegen die Erhöhung: „Bietet Jemand freiwillig höhere Zinsen, so sagt man sich: der Mann ist nicht sicher, denn sonst böte er nicht das Doppelte, ich muß daher kündigen.“ Das Erhöhen mache sich leicht, aber nicht künftig das Erniedrigen. Die Herren Dr. Amelung, Haker und Keil führen aus, daß in dieser Krisis Opfer gebracht werden müssen. Hr. Bürgermeister Schallehn: Die Furcht, daß die Gelder aus der Sparkasse erhoben, um beim Depositengeschäft angelegt zu werden, sei unbegründet. Ein Theil der Kündigungen sei unter dem Eindruck der Panick erfolgt. Lasse diese nach, falle das bedeutende Opfer von jährlich ca. 40,000 Thlr. Mehrausgabe fort. Der Referent, Hr. Thiessen, bemerkt noch, daß in Kolberg der Zinsfuß bei der Sparkasse auf 6 pCt. erhöht sei und daß die englischen Banken jetzt 6—7 pCt. für Depositen und Spareinlagen gäben. Bei der Abstimmung wird die Erhöhung des Zinsfußes mit 28 gegen 19 Stimmen abgelehnt. Ein hierauf von Hrn. Töpfer eingebrachter dringlicher Antrag: wegen der Geldbedürfnisse der Stadt eine Anleihe, event. im Auslande, aufzunehmen, wird nach dem Vorschlage der Hrn. Dr. Wolff und Dr. Amelung dem Magistrat zur Aeußerung überwiesen. — Die Vorlage, betreffend die Beschaffung eines Baumaterialienhofes wird von der Tagesordnung abgesetzt. — Zur Erweiterung des Leichenhauses in Neu-Torney werden 350 Thlr. bewilligt. — Hr. Dr. Siewert hat beantragt, wegen der jetzt erhöhten Thätigkeit der Stadt-Schul-Deputation die fehlenden zwei Mitglieder für dieselbe zu wählen. Nach einer lebhaften Debatte, in welcher von einigen Seiten hervorgehoben, daß die Herren Dr. Wolff und Keil zwei Mal von der Versammlung gewählt, von der Regierung aber nicht bestätigt wären, wozu derselben gar kein Recht zustehe, von anderer Seite aber auf das dringende Bedürfniß hingewiesen, verwirft die Versammlung den Siewert'schen Antrag und nimmt dagegen ein von den Herren Thiessen und Dr. Amelung gestelltes Amendement an, den Magistrat zu ersuchen, diese Angelegenheit bei der Regierung in Anregung zu bringen. — Das Ministerium hat die hier früher von der Stadt eingerichtete, niemals aber beim Mangel einer Instruktion und eines Inventariums in Funktion getretene Eichungsanstalt nunmehr als Staatsanstalt anerkannt, womit die Versammlung einverstanden ist.

Anklam, 19. Mai. Der zum ersten Prediger an der St. Nikolaikirche gewählte Herr Pastor Wahrendorf hat die erforderliche Bestätigung erhalten. — Die vierpfündige Batterie des 2. Artillerie-Regiments hat heute hier Quartier genommen. — Die Güterzüge der Eisenbahn werden von morgen ab nicht mehr regelmäßig abgelassen werden. — Ein Original, der in weiten Kreisen bekannte Fuhrmann Finck, ein begüterter Mann, ist in voriger Woche im Alter von 89 Jahren gestorben. Er hat in seinem Leben wohl eben so viele Chosen gemacht, als s. Z. Till Eulenspiegel.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 21. Mai. Der Staats-Anzeiger veröffentlicht folgende Allerhöchste Verordnung: Auf den Antrag des Staats-Ministeriums bestimme Ich, daß im Falle eines Krieges die den Unterthanen des feindlichen Staates gehörenden Handelsschiffe der Aufbringung und Wegnahme durch Meine Kriegsfahrzeuge nicht unterliegen sollen, sofern von dem feindlichen Staate die Gegenseitigkeit geübt wird.

Die vorstehende Bestimmung findet keine Anwendung auf diejenigen Schiffe, welche der Aufbringung und Wegnahme auch dann unterliegen würden, wenn sie neutrale Schiffe wären.

Dieser Mein Erlaß ist durch die Gesetzsammlung bekannt zu machen.

Berlin, 19. Mai 1866. Wilhelm.

Gegengezeichnet vom Gesammt-Ministerium.

Ferner enthält der Staats-Anzeiger die folgende Allerhöchste Verordnung:

Auf den Bericht des Staats-Ministeriums vom 16. d. Mts. will Ich in Verfolg Meiner Verordnung vom 12. Mai 1866 (Gesetzsammlung Seite 225) denjenigen Personen, welche bis zum heutigen Tage auf Grund des §. 263 des Strafgesetzbuches wegen einer solchen Ueberschreitung der Zinsbeschränkungen, die nach der gedachten Verordnung jetzt nicht mehr strafbar ist, rechtskräftig verurtheilt worden sind, die erkannten Freiheitsstrafen, so wie die noch nicht erlegten Geldbußen, unter Niederschlagung der noch rückständigen Kosten, hiedurch in Gnaden erlassen, ihnen auch die sofortige Wiederausübung der bürgerlichen Ehrenrechte gestatten. In den Sachen, in welchen verschiedene Wucherfälle mit einer das mindeste gesetzliche Strafmaß überschreitenden Strafe rechtskräftig belegt sind, von denen aber einzelne auch nach der Verordnung vom 12. Mai 1866 strafbar bleiben würden, so wie in den Sachen, in welchen die rechtskräftig erkannte Strafe wegen eines jetzt straffreien Vergehens nach §. 263 des Strafgesetzbuches und zugleich wegen einer anderen strafbaren Handlung verhängt und das für das erstere Vergehen gesetzlich zulässige mindeste Strafmaß überschritten ist, ohne daß aus dem Erkenntniß erhellt, wie viel von der Strafe auf den Wucher gerechnet worden, sehe Ich Ihren, des Justiz-Ministers, Anträgen wegen Ermäßigung der Strafe entgegen. — Eben so haben Sie, der Justiz-Minister, in Ansehung derjenigen Personen, welche auf Grund des Paragraphen 263 des Strafgesetzbuches demnächst rechtskräftig verurtheilt werden möchten, wenn die zur Untersuchung gezogenen Fälle sämmtlich oder theilweise nach der Verordnung vom 12. Mai 1866 nicht mehr unter das Strafgesetz fallen würden, von Amts wegen an Mich zu berichten, auch für die schleunige Bekanntmachung und Ausführung dieses Meines Befehles Sorge zu tragen.

Berlin, 19. Mai 1866. Wilhelm.

Berlin, 21. Mai. Oesterreichs Annahme des Kongresses mit allgemeiner Andeutung der Fragen und baldige Konstituirung des Kongresses ist sehr wahrscheinlich.

Köln, 19. Mai, Nachmittags. Die „Köln. Zeitung“ meldet aus Düsseldorf, daß der Prinz Karl von Hohenzollern, der Berufung auf dem rumänischen Thron Folge leistend, sich bereits auf walachischem Boden befindet.

Darmstadt, 19. Mai. Der österreichische Oberst v. Schönfeld ist hier eingetroffen und dem Korps-Kommando unter dem Prinzen Alexander von Hessen zur Verfügung gestellt worden. Andere österreichische Offiziere werden zu gleichem Zwecke nachfolgen.

Dresden, 19. Mai, Nachm. Das „Dresd. Journ.“ behauptet einem Artikel der „Berliner Reform“ gegenüber, daß ein Separat-Vertrag zwischen Oesterreich und Sachsen durchaus nicht existirt.

Dresden, 21. Mai. Ein heute Mittag ausgegebenes Extrablatt des „Dresdner Journals“ meldet, daß der Pariser Kongreß allseitig angenommen sei und die Eröffnung nächsten Freitag stattfinden werde.

Frankfurt, 17. Mai, Mittags. In der heutigen Sitzung der Bundesversammlung brachten die Regierungen von Baiern, Würtemberg, Baden, Hessen-Darmstadt, Nassau, Weimar, Koburg und Meiningen folgenden Antrag ein: „Hohe Bundesversammlung wolle an alle diejenigen Bundesglieder, welche über den Friedensstand hinausgehende militärische Maßnahmen oder Rüstungen vorgenommen haben, das Ersuchen richten, in der nächsten Sitzung der Bundesversammlung eine Erklärung abzugeben, ob und unter welchen Bedingungen sie bereit seien, gleichzeitig und zwar von einem in der Bundesversammlung zu vereinbarenden Tage an, die Zurückführung ihrer Streitkräfte auf den Friedensstand anzuordnen.“

Es wurde außerdem Seitens des niederländischen Gesandten der Antrag eingebracht, die Bundesversammlung möge den die Aufnahme des Herzogthums Limburg betreffenden Bundesbeschluß vom 5. September 1839 wieder aufheben und somit den Austritt des Herzogthums aus dem Bundesverhältniß genehmigen.

Die Abstimmung über beide Anträge erfolgt am Donnerstag.

Frankfurt, 19. Mai, Nachmittags. In den Motiven zu dem von den Bamberger Regierungen eingebrachten Antrage wird unter Hinweis auf die befriedigenden Erklärungen Oesterreichs und Sachsens, sowie auf die Zusicherung Preußens, daß es nur zur Vertheidigung gerüstet habe, die Erwartung ausgesprochen, daß die europäische Stellung Preußens seinen Bundespflichten keinen Eintrag thun könne. Zugleich wurde die Diskussion über die Priorität der Rüstungen für geschlossen erklärt. Sachsen betheiligte sich an dem Antrage nicht, gab aber sein Einverständniß mit demselben kund.

Der niederländische Gesandte motivirte den Antrag auf die Ausscheidung Limburgs aus dem Bunde mit den durchaus verschiedenartigen Interessen dieses Landes, indem nur wegen der engen Verbindung Limburgs mit Holland die niederländische Regierung zu ihrem Bedauern oft genöthigt gewesen wäre, der Förderung deutschnationaler Zwecke ihre Mitwirkung zu versagen; ein solches Verhältniß sei in Bezug auf Luxemburg nicht vorhanden.

Frankfurt, 19. Mai, Abends. Nachdem Baiern und die Regierungen der Bamberger Konferenz in der heutigen Sitzung des Bundestages ihren Vermittelungsantrag, welcher die allgemeine Abrüstung vorschlägt, eingebracht und dieser sehr versöhnlich motivirte Antrag von dem preußischen Gesandten ad referendum genommen worden, gab Oesterreich eine gegen Preußen und Hannover gerichtete Erklärung ab. Dieselbe geht dahin: Es würden zwischen diesen beiden Staaten dem Vernehmen nach bundeswidrige Verhandlungen gepflogen. Der Präsidialgesandte sei daher beauftragt, die Bundesversammlung zu veranlassen, Preußen und Hannover auf ihre Bundespflichten aufmerksam zu machen.

Wien, 19. Mai, Nachmittags. Die „Wiener Abendpost“ vernimmt, daß bezüglich der angeblichen Grenzüberschreitung bei Klingebeutel der Kommandant der betreffenden Abtheilung jede derartige Grenzverletzung auf das Bestimmteste in Abrede stellt. Die genauesten Untersuchungen sind diesfalls angeordnet, und ist bei dieser Gelegenheit den betreffenden Truppenkommandanten von Neuem eingeschärft worden, sich strenge an die bestehenden Vorschriften zu halten, um auf diese Art jeder begründeten Reklamation vorzubeugen.

Brüssel, 19. Mai, Nachmittags. Die Nationalbank hat den Diskont für nicht acceptirte Wechsel auf $6\frac{1}{2}$ pCt. und für andere Werthpapiere auf 6 pCt. erhöht.

London, 19. Mai, Vormittags. Die European Bank (limited) hierselbst hat ihre Zahlungen eingestellt. Auf die 50 Pfd. St. betragenden Aktien der Bank sind erst 15 Pfd. St. eingezahlt.

Florenz, 20. Mai. Die heutigen Blätter sprechen die Zuversicht aus, der Senat werde die Rentensteuer, die das Abgeordnetenhaus auf ein Vierteljahr beschloß, verwerfen. Finanzminister Scialoja hat sein Gesuch um Enthebung von seinem Posten noch nicht zurückgenommen. Die Handelskammer in Neapel hat eine Adresse an den Senat gerichtet, um von Besteuerung der Rente abzurathen.

Bukarest, 18. Mai. Berichte aus Rustschuk und Tultscha melden, daß der Uebergang über die Donau Seitens der Türken unmittelbar bevorstehend sei, sowie daß die Regierung befohlen habe, die rumänischen Piquets, welche das linke Donauufer bewachen, zurückzuziehen. Die Regierung hat von der Deputirtenkammer einen Kredit von sieben Millionen Piaster gefordert, um ein Truppenlager zu errichten, welches dazu bestimmt ist, Bukarest zu decken.

Bukarest, 20. Mai. Nach einer Depesche des Prinzen Karl zu Hohenzollern an die Statthalterschaft ist der Prinz in Turn-Severin angekommen. Golesco und Guralambi reisten zum Empfange dem Prinzen entgegen.

Bukarest, 21. Mai. Der feierliche Einzug des Fürsten zu Hohenzollern wird morgen in Bukarest stattfinden. Man versichert, der Fürst habe dem Sultan geschrieben, daß er die Verträge rücksichtlich der Verbindung der Fürstenthümer mit dem türkischen Reiche achten werde.

Petersburg, 20. Mai. Das „Journal de St. Petersbourg“ berichtigt die irrigen Angaben der ausländischen Presse über die Haltung Rußlands in folgender Weise: Es sei unwahr, daß der Kaiser von Rußland in Wien den Rath ertheilt habe, Venetien aufzugeben; eben so unbegründet sei die Angabe, der Kaiser habe Oesterreich eine materielle Unterstützung gegen Preußen versprochen. Direkte Interessen Rußlands seien augenblicklich nicht im Spiele, doch ist das Kaiserliche Kabinet sich der Solidarität bewußt, welche die civilisirten Nationen verbinde. Es dürfe allerdings den streitenden Mächten nicht den Weg vorschreiben, welchen sie zu gehen hätten, doch die Beziehungen der Freundschaft und des Vertrauens, in dem das Kaiserliche Kabinet zu den meisten anderen Kabineten stehe, gestatteten ihm, seine Interessen an der Aufrechterhaltung des Friedens eindringlich zur Geltung zu bringen. Die Bemühungen der Kaiserlichen Regierung bezweckten Beschwichtigung und Versöhnung; auch seien sie den Verheißungen nicht fremd, die vor etwa 14 Tagen in Betreff einer Abrüstung ausgetauscht wären. Das russische Kabinet habe in dem Kongreß-Projekte eine günstige Chance für einen friedlichen Verlauf erblickt. Die Thätigkeit seiner Bemühungen steigere sich mit dem Ernste der Situation; es werde bis zuletzt die Pflichten der Humanität erfüllen. Doch würde es ein völliger Irrthum sein, der russischen Regierung eine andere Sprache beizulegen, als die freundschaftlicher Ueberredung, und eine andere Haltung, als eine völlige Unparteilichkeit, die nur von dem festen Entschlusse begrenzt sei, über die Vertheidigung der nationalen Interessen Rußlands zu wachen.

Telegr. Depesche der Stettiner Zeitung.

Paris, 21. Mai, Abends. Die „Patrie“ bringt folgende Details über die Reise des Prinzen Karl von Hohenzollern nach Bukarest: Der Prinz hatte Düsseldorf verlassen, ohne die Ankunft der Deputation abzuwarten, welche in der Folge von dem Vater desselben, Seiner Königlichen Hoheit dem Fürsten von Hohenzollern, empfangen wurde. Der Prinz erreichte die rumänische Grenze im strengsten Incognito und reiste mit einem österreichischen Post-Dampfer „Donau“ bis Turnu-Severin. Hier ließ sich der Prinz von einer walachischen Schildwache zu dem Präfekten führen, welchem er sich zu erkennen gab und erklärte, daß er sich den Wünschen des rumänischen Volkes füge. Der Prinz wird morgen in Bukarest eintreffen.

Die „France“ meldet: Die Pariser Wechselagenten wollen für den Fall, daß die Steuer von 8 pCt. auf die italienische Rente aufrecht erhalten wird, letztere aus den Notirungen streichen.

Börsen-Berichte.

Stettin, 22. Mai. Witterung: kühl und regnigt. Etwas Schnee. Temperatur: + 7° R. Wind: NO.

An der Börse.

Weizen fest, loco pr. 85pfd. gelber 56—63 Rt. bez., mit Auswuchs 34—55 Rt. bez., 83—85pfd. gelber Mai-Juni $62\frac{1}{2}$ Rt. bez., Juni-Juli 63, $63\frac{3}{8}$, $\frac{1}{4}$ Rt. bez., Juli-August 65, $65\frac{1}{4}$ Rt. bez., September-Oktober $65\frac{1}{4}$ Rt. Gd.

Roggen etwas höher, pr. 2000 Pfd. loco 38, 40 Rt. bez., Mai-Juni 39 Rt. nominell, Juni-Juli $39\frac{3}{4}$, $\frac{1}{2}$, $\frac{3}{4}$, 40 Rt. bez., Juli-August $41\frac{1}{2}$ Rt. bez., September-Oktober $42\frac{1}{2}$ bez. u. Gd.

Gerste loco Posener und schles. pr. 70pfd. 38, 40 Rt. bez.

Hafer loco pr. 50pfd. 28 Rt. bez., 47-50pfd. Mai-Juni 29, $28\frac{1}{2}$ Rt. bez. u. Gd.

Erbsen ohne Umsatz.

Rüböl fester, loco $14\frac{1}{3}$ Rt. Br., Mai $14\frac{1}{3}$ Rt. regulirt, $14\frac{1}{6}$, 14 Rt. bez. u. Gd., Mai-Juni $13\frac{3}{4}$ Rt. bez., Juli $11\frac{1}{2}$ Rt. bez., September-Oktober $11\frac{1}{3}$, $\frac{5}{12}$ Rt. bez., $11\frac{1}{2}$ Rt. Br.

Spiritus etwas höher, loco ohne Faß $12\frac{1}{2}$ Rt. nominell, Mai-Juni $12\frac{2}{3}$ Rt. Br., Juni-Juli $12\frac{3}{4}$ Rt. bez., Juli-August $13\frac{1}{3}$ Rt. Br. und Gd.

Angemeldet: 100 Wspl. Weizen, 50 Wspl. Roggen, 300 Wspl. Hafer, 20,000 Quart Spiritus.

Beim Schluß des Blattes war unsere Berliner Depesche noch nicht eingetroffen.